



## Pressemitteilung

### **Der Antikriegstag am 1. September 2020 appelliert an die Bundesregierung, sich für atomare Abrüstung einzusetzen und für den Einsatz freiwerdender Mittel für soziale Sicherheit und Klimaschutz!**

Die Zeichen stehen schlecht für atomare Abrüstung: Allein im Jahr 2019 gaben die Atomwaffenstaaten insgesamt 73 Milliarden US-Dollar für ihre Arsenale aus. Nach dem gekündigten INF-Vertrag droht im nächsten Frühjahr auch das New START-Abkommen auszulaufen – der letzte nukleare Abrüstungsvertrag zwischen Russland und den USA. Und in Deutschland hat die Frage nach der Neubeschaffung von Kampfjets als Atomwaffenträger für die Bundeswehr eine erneute Debatte über die US-Atomwaffen in Büchel in der Eifel ausgelöst.

Die Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. August und 9. August 1945 wird in diesem Jahr besonders verbunden mit Appellen nach mehr Abrüstung. Der Appell richtet sich an die Bundesregierung, die katastrophalen humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes anzuerkennen und den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu ratifizieren. Dieser Vertrag wurde am 7. Juli 2017 beschlossen und wird seitdem von immer mehr Staaten unterzeichnet. Er verbietet unter anderem den Einsatz, den Besitz und die Herstellung von Atomwaffen. Laut der letzten YouGov-Umfrage aus dem Jahr 2019 unterstützen 69 % der Deutschen ein solches Verbot von Atomwaffen – die Bundesregierung lehnt die Ratifizierung des Vertrags jedoch bislang ab.

„Die Atombomben, die vor 75 Jahren auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, waren nach heutigen Maßstäben sehr klein“, erläutert Jürgen Hagenguth vom Friedensforum Duisburg. „Dennoch verdampften und verbrannten damals 65.000 Menschen auf der Stelle, bis zum Ende des Jahres starben mehr als 200.000. Heute gibt es weltweit mehr als 13.000 Atomwaffen mit einer weitaus höheren Sprengkraft. Sie sind kein Schutz, sondern eine Gefahr für die Menschheit.“

In seiner Erklärung zum Antikriegstag 2020 berichtet der DGB, dass die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen sind – Geld, das für den dringend benötigten Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt. „Aber auch im Falle Deutschlands legt die Corona-Krise schonungslos offen, wie gravierend die Fehlverteilung öffentlicher Mittel ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte.“

Allerdings wären Investitionen in die Zukunft, „in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau“ dringend geboten! „Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren“, so der DGB weiter.

„Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, ruft der DGB als Partner der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt>) öffentlich dazu auf, sich am diesjährigen Antikriegstag mit zahlreichen Aktionen zu beteiligen.“ Das Friedensforum Duisburg und das Duisburger Netzwerk gegen Rechts schließen sich den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes an.

Auch in Duisburg wird am 1. September zwischen 17:00 und 22:00 Uhr mit Infoständen in der Stadtmitte an dem Antikriegstag erinnert. Aktive vom Friedensforum Duisburg und vom Duisburger Netzwerk gegen Rechts werden am Life-Saver-Brunnen informieren und dabei auch an die Bundesregierung appellieren, die katastrophalen humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes anzuerkennen und den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu ratifizieren. Dazu liegen Unterschriftenlisten von ABRÜSTEN JETZT aus, in die sich die Bürgerinnen und Bürger eintragen können.